



BILDANSICHT VERKLEINERN



Europa müsse eine „Demokratie der kleinen Leute“ werden, fordern die Teilnehmer des Böblinger Kongresses in ihrer Charta. Foto: dpa

Schulterschluss von unten

Böblingen 50 Menschen diskutieren auf Einladung der Betriebsseelsorge und der Gewerkschaften über ein Europa der kleinen Leute. Von Anja Tröster

Es ist ein bisschen wie mit Beulen im Teppich“, sagt Jürgen Werner. „Man drückt zwar die eine runter, aber dann plopt sie dafür woanders auf.“

Werner diskutiert an diesem Nachmittag mit fünf anderen in einem Workshop des Europa-Kongresses im Böblinger Arbeiterzentrum über Erfahrungen mit Leiharbeit. Seine Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit Armut. Und Menschen, die durch schlecht bezahlte Arbeit arm werden, sind Walter Wedl nur zu gut bekannt. Der katholische Betriebsseelsorger, Gastgeber und Initiator des Kongresses, sitzt mit am Tisch. 90 Prozent aller Leiharbeiter seien ausländischer Herkunft, sagt er. Und viele von ihnen seien hochverschuldet, weil sie kein kalkulierbares Einkommen hätten. Manfred Ruckh kennt einen Familienvater, der bei einem Metallunternehmen in Magstadt arbeitet und mit seinem Vollzeitjob trotz Vierzigstundenwoche gerade einmal 850 Euro brutto verdient.

Auch Jürgen Werner kennt als Betriebsrat bei Daimler Probleme, auf die er keinen Einfluss nehmen kann – weil die Bedingungen dafür außerhalb des Unternehmens bei den Zeitarbeitsfirmen geregelt werden. Sein Unternehmen hat einen Mindestlohn für Leiharbeiter in der Produktion festgelegt, der bei gut 17 Euro pro Stunde liegt. Doch inzwischen gibt es längst eine neue Vertragsform, die den Arbeitnehmerschutz aushebelt: den Werkvertrag. Darin wird oft nur noch geregelt, welche Leistung, welches „Werk“ erbracht werden muss. Der Arbeiter, der dafür über eine externe Firma beauftragt wird, ist in dem Vertrag meist nicht einmal mehr namentlich genannt.

Der Tarifabschluss für Leiharbeiter, befürchtet Jürgen Werner, werde dazu führen, dass wieder mehr Werkverträge abgeschlossen würden. „Die Basis allen Übels ist das Gesetz“, sagt einer und meint das Arbeitnehmer-Überlassungs-Gesetz (AÜG). Die fünf anderen nickten. „Das ist das schlechteste Gesetz dieser Regierung, die ohnehin kein Freund kleiner Leute ist“, sagt ein anderer. Walter Wedl sieht es anders: „Das ist doch ermutigend: Gesetze kann man ändern.“

Der Frust über diese Probleme hat Jürgen Werner am Samstag ins Arbeiterzentrum kommen lassen. „Ich bin hierhergekommen, weil ich etwas verändern will“, sagt er. Der Sindelfinger, der neben seinem Job Zeit für Musik und für den Verein Kultur am Stift findet, ist einer von rund 50 Teilnehmern. Sie wollen in fünf Arbeitsgruppen nicht nur konkrete Handlungsrichtlinien für die Politik erarbeiten, sondern auch einen Positiventwurf für ein Europa der kleinen Leute.

Eine Gruppe beschäftigte sich mit der Daseinsfürsorge in den Städten, eine andere mit demokratischen Strukturen von der Landes- bis zur EU-Ebene. Eine dritte Gruppe untersuchte, ob die Sparpolitik in Griechenland zum Zukunftsmodell für Deutschland wird. Der vierte Workshop ließ sich von drei Sindelfinger Visionären inspirieren, die im 19. Jahrhundert für mehr Gerechtigkeit eintraten. Klaus Philippscheck stellte Christoph Friedrich Grieb, Georg Bronnenmaver und August

Schäfer vor. Die drei hätten ihre Kraft aus der Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft bezogen, die sich nicht nur am eigenen Glück orientierte, sagte Philippscheck.

Für ihre Arbeit bekamen die Workshop-Teilnehmer Lob von Montserrat Ros, der katalanischen Generalsekretärin einer spanischen Gewerkschaft. Der Gast aus Barcelona verfolgte den Workshop äußerst angetan. „Dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird, ist ein Problem, das uns alle sehr beschäftigt“, sagte sie. Sie lud die Böblinger nach Spanien ein: „Nur gemeinsam sind wir stark.“ Sich künftig über das Netz der Partnerstädte europaweit abzustimmen, war denn auch eine der wichtigsten Ideen aus dem Kongress. „Wir wissen alle zur Genüge über die Genüsse etwa in Alaba, aber wie anderswo für soziale Gerechtigkeit gekämpft wird, das wissen wir nicht“, stellte Wedl fest.

Am Ende verabschiedeten die Anwesenden eine Charta, die an Politiker weitergegeben werden soll. Darin fordern sie unter anderem mehr Bürgerbeteiligung, beispielsweise auch bei der europäischen Verfassung. Weil Gemeinderäte zunehmend nur noch sparen müssten, sei das eigentliche Gegengewicht bei Kirchen, Gewerkschaften und Verbänden zu finden, sagte ein Teilnehmer – und forderte, diese über kommunalpolitische Arbeitskreise stärker in Entscheidungsprozesse einzubinden. Im kommenden Jahr soll der Böblinger Europakongress wiederholt werden.

„Dass die Kluft zwischen Arm und Reich größer wird, beschäftigt uns alle in Europa.“

Montserrat Ros, spanische Gewerkschafterin

Dieses Bild ist urheberrechtlich geschützt.

Quelle für Artikeltextdarstellung: Artikeltext oder Artikel- und Ganzseitendarstellung.